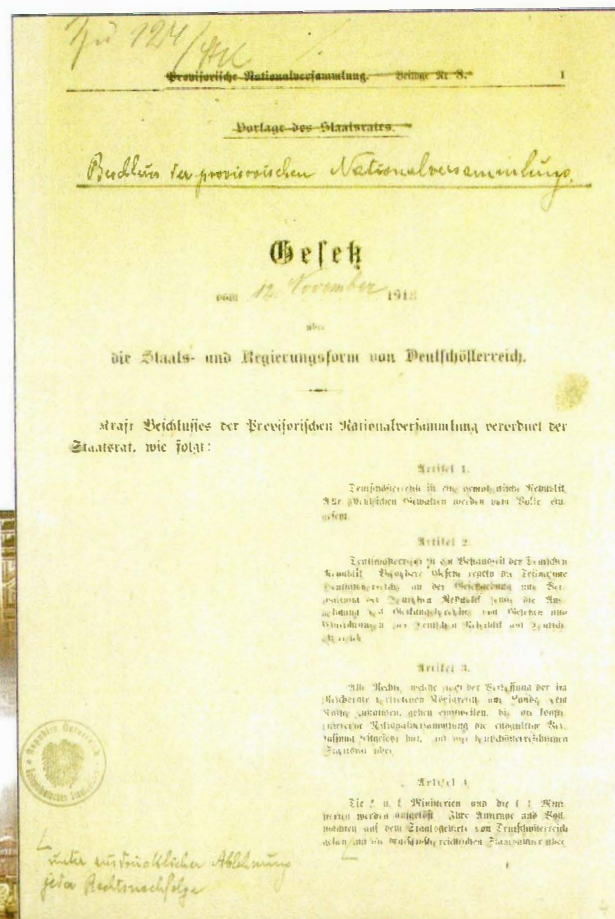


# 75. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich







# Gemeinsame Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates am 12. November 1993 aus Anlaß des 75. Jahrestages der Gründung der Republik Österreich

Am 12. November 1993 traten die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates im Sitzungssaal der Bundesversammlung zusammen, um den 75. Jahrestag der Gründung der Republik Österreich festlich zu begehen.

Der Sitzungssaal ist mit Blumen und Blattpflanzen und an der Stirnseite mit der rotweißroten Fahne und dem Wappen der Republik geschmückt.

Auf der Regierungsbank nehmen die Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre Platz. In den vorderen Bankreihen sitzen die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates, dahinter als Festgäste Landeshauptmänner, Landtagspräsidenten und Mitglieder der Landesregierungen, Präsidenten und Vizepräsidenten der Höchstgerichte und des Oberlandesgerichtes Wien, Volksanwälte, der Präsident des Rechnungshofes, Vorsitzende der Beschwerdekommision in militärischen Angelegenheiten, ehemalige Mitglieder der Bundesregierung und der gesetzgebenden Körperschaften. Auf dem Balkon haben sich weitere geladene Gäste, so Vertreter des Diplomatischen Corps, hohe kirchliche Würdenträger sowie Rektoren der Universitäten und Hochschulen, der Präsident der Akademie der Wissenschaften und Spitzenfunktionäre der Interessenvertretungen eingefunden.

Um 11 Uhr betritt Bundespräsident Dr. K l e s t i l, begleitet von den Präsidien des Nationalrates und des Bundesrates, von Bundeskanzler Dr. V r a n i t z k y und Vizekanzler Dr. B u s e k sowie vom Parlamentsdirektor, unter den Klängen einer von Mitgliedern des Bläserensembles des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters vorgetragenen Festfanfare von Gottfried von Freiberg den Saal. Der Bundespräsident wird vom Präsidenten des Nationalrates und vom Präsidenten des Bundesrates zu seinem Platz in der Mitte des Saales geleitet.

Auf dem Präsidium nehmen der Präsident des Bundesrates B i e r i n g e r, der Präsident des Nationalrates Dr. F i s c h e r, der Zweite Präsident des Nationalrates Dr. L i c h a l, die Dritte Präsidentin des Nationalrates Dr. H e i d e S c h m i d t, die Vizepräsidenten des Bundesrates Dr. S c h a m b e c k und S t r u t z e n b e r g e r sowie Parlamentsdirektor Dr. W a s s e r b a u e r Platz. Der Präsident des Bundesrates führt den Vorsitz.

## Der Präsident des Bundesrates Ludwig Bieringer

leitet die gemeinsame Festsitzung wie folgt ein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die gemeinsame Festsitzung des Nationalrates und des Bundesrates der Republik Österreich aus Anlaß des 75. Jahrestages der Gründung der Republik Österreich.

Mit großem Respekt begrüße ich in unserer Mitte unser Staatsoberhaupt, Herrn Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil. *(Anhaltender lebhafter Beifall.)*

Ich begrüße den Herrn Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, den Herrn Vizekanzler Dr. Erhard Busek und die anderen Mitglieder der Bundesregierung sowie die Damen und Herren Staatssekretäre. *(Anhaltender lebhafter Beifall.)*

Meinen Willkommensgruß entbiete ich den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften, den Vertretern der Landesregierungen und Landtage mit dem Vorsitzenden der Landeshauptmännerkonferenz, dem Herrn Landeshauptmann von Salzburg Dr. Hans Katschthaler. *(Anhaltender Beifall.)*

Respektvoll begrüße ich die Vertreter des Diplomatischen Corps, an deren Spitze dessen Doyen, den hochwürdigsten Herrn Apostolischen Nuntius, Erzbischof Dr. Donato Squicciarini, und die Vertreter der gesetzlichen Religionsgemeinschaften, unter ihnen Seine Eminenz Hans Hermann Kardinal Groër, sowie alle übrigen Fest- und Ehrengäste, die unserer heutigen Sitzung beiwohnen. *(Anhaltender Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Heute jährt sich zum 75. Male der Tag, an dem die Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich das Gesetz über die Staats- und Regierungsform beschlossen hat, dessen Artikel 1 lautet:

„Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.“

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle einen kurzen Blick zurück in die Vorgeschichte dieses Beschlusses und damit auf das Werden unseres Vaterlandes zu machen.

Die Beschlußfassung dieses Gesetzes fällt in die Zeit der Beendigung des Ersten Weltkrieges und des Unterganges der österreichisch-ungarischen Monarchie. Aus jenem Staat, der sich „die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ nannte, der acht Nationalitäten umfaßte und in dessen Raum der einstigen Volksvertretung wir uns jetzt hier befinden, ist in einer Neustaatsgründung unsere Republik hervorgegangen.

Kaiser Karl hatte noch am 16. Oktober 1918 in einem Manifest die nationalen Fraktionen des Reichsrates aufgerufen, Nationalräte zu bilden. Er konnte zwar dadurch den Zerfall des Vielvölkerstaates nicht aufhalten, aber diesen in verhältnismäßig geordnete Bahnen lenken.

Am 21. Oktober 1918 treten nämlich diesem Aufruf folgend die Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke des Reichsrates im Niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse zusammen und konstituieren sich als „Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich“, als Vertretung eines künftigen deutschösterreichischen Staates, der das deutsche Siedlungsgebiet des alten Österreich umfassen und neben die übrigen Nachfolgestaaten treten soll.

In den folgenden Tagen bilden sich in den Ländern, die ja die Keimzellen dieses neuen Staates sein müssen, Provisorische Landesversammlungen. In weiterer Folge geben die meisten Länder Beitrittserklärungen zum Staat Deutschösterreich ab, dessen Konstituierung sich also in enger Zusammenarbeit zwischen Wien und den Ländern vollzieht.

Bereits neun Tage nach ihrer ersten Sitzung, am 30. Oktober, faßt die Provisorische Nationalversammlung ihren Beschluß „über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt“ — eine wenngleich noch sehr lückenhafte provisorische Verfassung, derzufolge „die oberste Gewalt des Staates Deutschösterreich“ einstweilen „durch die





*Der Präsident des Bundesrates Ludwig Bieringer bei seiner Ansprache*

auf Grund des gleichen Wahlrechtes aller Bürger gewählte Provisorische Nationalversammlung ausgeübt“ werde.

Natürlich ist die demokratische Legitimität der Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung dadurch eingeschränkt, daß sie sieben Jahre zuvor unter völlig andersgearteten politischen Randbedingungen, nämlich bei den Reichsratswahlen von 1911, und auf Grund des gleichen Wahlrechtes zwar aller Bürger, nicht jedoch der Bürgerinnen gewählt worden sind.

Daher wird die baldige Wahl einer Konstituierenden Nationalversammlung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes sowie unter dem Abgehen von dem bisherigen Mehrheitswahlrecht nach dem nunmehr vorgesehenen und heute noch gültigen Proportionalwahlrecht in Aussicht genommen, die dem Staat Deutschösterreich eine endgültige Verfassung geben und aus der Sicht des 30. Oktober auch über die Frage der Staatsform — demokratische Monarchie oder Republik — entscheiden soll.

Noch regiert ja — eine merkwürdige Parallelität der Ereignisse — Kaiser Karl. Noch ist seine österreichische Regierung im Amt.

Das Abgeordnetenhaus des Reichsrates wird seine letzte Sitzung auch erst am 12. November abhalten. In den Tagen zwischen dem 30. Oktober und dem 12. November setzt sich in den politischen Parteien und ganz offenkundig auch in weiten Teilen der Bevölkerung die Überzeugung durch, daß sich die Monarchie als Staatsform überholt hat.

So wird die Frage der Staatsform schon am 12. November 1918 entschieden. Am 11. November hat Kaiser Karl auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichtet und im voraus die Entscheidung Deutschösterreichs über seine künftige Staatsform anerkannt. So kommen die Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November kurz nach drei Uhr nachmittag erstmals im Parlamentsgebäude am Ring, im ehemaligen Herrenhaussitzungssaal, zusammen und fassen jenen Beschluß, der Deutschösterreich zur Republik erklärt.

Gleichzeitig hat die Provisorische Nationalversammlung auch die inzwischen abgegebenen „feierlichen Beitrittserklärungen der Länder, Kreise und Gaue des Staatsgebietes“, des früheren Österreich, zur Kenntnis genommen. Die Länder, welche älter als der Gesamtstaat Österreich sind, hatten mit ihrem Ja diese Staatswerdung entscheidend mit ermöglicht.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auf den Beschluß Vorarlbergs vom 3. November 1918 hinweisen und den Namen des Vorarlbergers Jodok Fink nennen, der neben Karl Renner maßgeblich zur Gründung unserer Republik beigetragen hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute zu einer Festsitzung versammelt, um den 75. Jahrestag dieses Beschlusses, den 75. Jahrestag der Gründung der ersten österreichischen Republik feierlich zu begehen.

Wir dürfen in dieser festlichen Stimmung jedoch nicht vergessen, welches Schicksal die erste österreichische Republik genommen hat. Wir dürfen nicht die unheilvollen Vorzeichen ausblenden, unter denen schon die Gründung der Republik am 12. November 1918 gestanden ist.

Man hat die Erste Republik Österreich den „Staat, den keiner wollte“ genannt. Und in der Tat zeigt bereits das Stenographische Protokoll der ersten Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, daß keiner der Redner und damit keine der maßgeblichen politischen Kräfte an die Lebensfähigkeit, insbesondere an die wirtschaftliche Lebensfähigkeit dieses Staates geglaubt hat.

Nur zwei Alternativen schienen sich anzubieten: die eines Zusammenschlusses mit den übrigen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie oder die eines Anschlusses an Deutschland.

Da die erste Variante keinen Widerhall in den Nachfolgestaaten fand, schien am 12. November nur die zweite zu bleiben. Und so verkündete Artikel 2 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich den Anschluß an die Deutsche Republik. — Natürlich wurde dieser Anschluß nicht wirksam, und der Vertrag von Saint Germain sprach sogar das Anschlußverbot aus. Damit war aber bereits ein Keim gelegt für den 20 Jahre später unter ganz anderen Vorzeichen tatsächlich erfolgten Anschluß, für das tragische Ende der ersten österreichischen Republik. Indem die Gründerväter der Republik Österreich sie ins Leben gerufen hatten, hatten sie sich von ihr auch schon wieder losgesagt — wahrlich nicht die beste Grundlage für die Identifikation der Menschen mit ihrem Staat.

Noch ein weiteres unheilvolles Vorzeichen: Als nach der Beschlußfassung die Ausrufung der Republik den vor dem Parlamentsgebäude versammelten Menschenmassen verkündet wurde, kam es zu blutigen Unruhen, die von den kommunistischen Roten Garden ausgelöst wurden; zwei Menschen wurden getötet, zahlreiche verletzt. Ob es sich um einen Putschversuch gehandelt hat, ist unter den Historikern umstritten; selbst wenn es so wäre, bliebe er Episode.



Trotzdem sind diese blutigen Begleitumstände der Ausrufung der ersten österreichischen Republik symptomatisch für den weiteren Verlauf ihrer Geschichte — einer Geschichte, die geprägt ist von der mangelnden Fähigkeit zu gewaltfreier Bewältigung politischer Konflikte und die in den blutigen Bürgerkrieg von 1934, in die autoritäre Regierungsdiktatur und schließlich in die Besetzung durch Hitler-Deutschland mündet.

Als sieben Jahre nach dem Verlust der staatlichen Eigenständigkeit die Republik Österreich wiedererstand, im Frühjahr 1945, war die äußere Situation jener des Herbstes 1918 nicht völlig unähnlich. Am Ende eines noch furchtbareren Weltkrieges, als es der Erste gewesen war, mußte die wirtschaftliche Situation Österreichs, bedingt durch Kriegezerstörungen und Besetzung, sogar noch hoffnungsloser erscheinen als 1918. Trotzdem gingen die Menschen in einem gemeinsamen Verantwortungsbewußtsein, über alle Grenzen der Länder, Parteien und Interessenvertretungen hinweg, unverzagt an den Wiederaufbau. Jetzt glauben sie an die Lebensfähigkeit, die Lebenskraft Österreichs, wollten an sie glauben, bekannten sich zu diesem Staat, den zu lieben sie erst sein Untergang gelehrt hatte.

Dieses starke Staatsbewußtsein und ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller Österreicherinnen und Österreicher zwischen Bodensee und Neusiedler See, in allen neun Bundesländern, konnten auch die vierfache Besetzung von 1945 bis 1955 erfolgreich bewältigen. Und dieses Bekenntnis zu Österreich ist bis heute eine Lebensgrundlage der zweiten österreichischen Republik; die andere ist — das muß ich gerade hier auf parlamentarischem Boden besonders hervorheben — das Bekenntnis der Österreicher und aller maßgeblichen politischen Kräfte Österreichs zur parlamentarischen Demokratie als einem System gewaltfreier politischer Konfliktbewältigung.

Auch dieses einmütige Bekenntnis hat in der Ersten Republik ja gefehlt, und erst die gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung und Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime und die gemeinsame Erfahrung des Konzentrationslagers hatten den Boden bereitet, auf dem diese neue politische Kultur, welche die zweite österreichische Republik prägen sollte, gedeihen konnte.

Dies verlangt für die Zukunft ein gegenseitiges Verstehen, ein Miteinander in der Erfüllung der Aufgaben im Dienste unserer Bevölkerung, die Anerkennung von Grundwerten im privaten und öffentlichen Leben und somit auch die einvernehmliche Weiterentwicklung unserer Verfassungsrechtsordnung, soweit dies in der Zukunft, besonders im Hinblick auf unser Europa-Engagement, erforderlich erscheint.

Meine Damen und Herren! Wir gedenken heute der Ausrufung der Republik Österreich vor 75 Jahren. Das ist uns ein Anlaß zur Freude, es ist jedoch zugleich auch ein Anlaß, darüber nachzudenken, daß das solide, festgefügte Fundament, auf dem die Republik Österreich heute ruht, nämlich das Bekenntnis der Österreicher zu ihrem Staat und zu dessen politischem System, nicht so selbstverständlich ist, wie es uns heute erscheinen mag.

Es ist dieser Tag auch eine Mahnung, uns der Bedeutung dieses Fundaments bewußt zu werden und uns dieses Bewußtsein immer wieder neu zu erarbeiten, um als bewußte und selbstbewußte Österreicher die großen Aufgabenstellungen, die die Zukunft, gerade auch die nähere Zukunft, für uns bereithält, bewältigen zu können.

Es leben unsere neun Bundesländer, es lebe unser Vaterland, die Republik Österreich! (*Anhaltender lebhafter Beifall.*)

Anschließend ersucht Präsident B i e r i n g e r den Präsidenten des Nationalrates Dr. Fischer, das Wort zu ergreifen.

## Der Präsident des Nationalrates Dr. Heinz Fischer

führt aus:

Herr Bundespräsident! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesrates! Meine Damen und Herren! Festliche Versammlung! Am 12. November 1918 hat die Provisorische Nationalversammlung — Bezug nehmend auf die Verzichtserklärung von Kaiser Karl — das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich beschlossen. Kurz darauf wurde dieser Beschluß von der Rampe des Parlaments einer großen Menschenmenge verkündet.

Mit dieser Stunde Null der Republik — nicht der österreichischen Geschichte! — hat ein Weg durch alle Höhen und Tiefen des 20. Jahrhunderts begonnen, und es fasziniert mich immer wieder, daß es noch Zehntausende Österreicherinnen und Österreicher gibt, die in der Zeit der Monarchie geboren wurden und in deren Lebensspanne all dies Platz gefunden hatte, nämlich das Ende der Monarchie, die Geburt der Republik, das Drama der Ersten Republik, die Zeit des Ständestaates, der Untergang Österreichs, die Schrecken des Faschismus und des Krieges, die Wiedergeburt der Eigenstaatlichkeit und der Demokratie, die Besatzungszeit, der Staatsvertrag und die Neutralität, der Wechsel der Regierungsformen in der Zweiten Republik und schließlich auch — unmittelbare Zeitgeschichte — der Zusammenbruch des Kommunismus und der Aufbruch nach Europa — ein Thema, das eine besondere Herausforderung für die nächsten Jahre darstellt.

Wäre es da eigentlich verwunderlich, wenn eine Generation, die das alles erlebt und erlitten hat, den Gezeiten der Politik, dem Auf und Ab resignierend und mißtrauisch gegenübersteht? Es wäre wohl nicht verwunderlich, und doch ist es nicht so. Ganz im Gegenteil!

Gerade die ältere Generation, die viel von dem erlebt und erlitten hat und die auch gut vergleichen kann, weiß die Errungenschaften der Zweiten Republik, den Wert von Frieden und innerer Sicherheit, auch die Wichtigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften unserer Heimat wohl zu schätzen. Und wir wollen dieser Generation heute ein Wort des Dankes sagen und sie in ihrem Stolz, in ihrem berechtigten Stolz auf das Erreichte bestärken. *(Anhaltender lebhafter Beifall.)*

Gerade weil diese Generation, diese Männer und Frauen, gelernt haben, was auf dem Spiele steht, wenn man politische Aggression und Feindschaft zu weit treibt, hat sich auch jenes neue Denken, jener Grundkonsens herausgebildet, der unserem Gemeinwesen gutgetan und Österreich wirklich zu einer guten Heimat gemacht hat. Unser Ziel muß es daher sein, diesen Grundkonsens nicht nur zu bewahren, sondern auch auszudehnen auf jene, die nur einen Teil — vielleicht nur einen relativ kurzen Teil — dieser 75jährigen Geschichte unserer Republik persönlich und bewußt erlebt haben und für die daher auch viele dieser Errungenschaften zu bloßen Selbstverständlichkeiten geworden sind. Dazu ist es notwendig, klar Position zu beziehen zu unserer Geschichte, zu den heiklen Punkten dieser Geschichte und auch zu versuchen, klare Antworten zu geben.

Jawohl, vor 75 Jahren hat nicht die Republik Österreich im Sinne eines einhelligen Wunsches aller Bürger das Licht der Welt erblickt, sondern es ist aus den Trümmern der Monarchie die Republik Deutschösterreich — wie schon gesagt wurde — erstanden, deren Gründer zunächst zwischen der vergeblichen Hoffnung auf eine Donaukonföderation und einem Anschluß an Deutschland und vielleicht auch anderen Lösungen geschwankt haben.

Jawohl, die Erste Republik ist nicht nur dem Angriff Hitler-Deutschlands zum Opfer gefallen, sondern zu einem guten Teil an eigenem Unvermögen und aus eigener Schuld zugrunde gegangen, wobei auch fairerweise Leistungen und Errungenschaften der Ersten Republik nicht unerwähnt bleiben sollten.

Jawohl, die Hunderttausende, die über den Einmarsch Hitlers in Österreich jubelten — und das nicht nur am Heldenplatz —, sind eine Realität und werden auch durch den





*Der Präsident des Nationalrates Dr. Heinz Fischer bei seiner Ansprache*

Hinweis auf jene nicht aus der Welt geschafft, die ganz genau wußten, was nun kommen wird und wie schrecklich das alles enden wird.

Richtig ist auch, daß man in der Zweiten Republik zwar aus vielen Fehlern der Ersten Republik gelernt hat, aber deswegen noch lange nicht fehlerfrei war und wahrscheinlich auch neue Fehler gemacht hat.

Aber dies zugeben und außer Streit stellen heißt, das Recht zu haben, bei dieser Gelegenheit auch anderes außer Streit zu stellen oder dies zumindest zu versuchen — die Tatsache zum Beispiel, daß sich diese Republik Österreich — so wie sie heute ist, so wie wir hier versammelt sind — zu einem lebens- und liebenswerten Land, zu einer gefestigten Demokratie und auch zu einem angesehenen Mitglied der Völkerfamilie entwickelt hat; und vor allem auch die Tatsache, daß dieses Österreich auf einer wechsellvollen dramatischen Geschichte, aber sicher nicht auf einer Lebenslüge beruht.



In diesem Österreich haben sich in den 63 Jahren Demokratie seit 1918, also von 1918 bis 1933 und von 1945 bis heute, insgesamt 9 Bundespräsidenten, 20 Regierungschefs, 313 weitere Regierungsmitglieder und fast 2 000 Parlamentarier des Nationalrates und des Bundesrates gemeinsam mit vielen, vielen anderen demokratisch gesinnten Funktionären des Bundes, der Länder und der Gemeinden und vor allem gemeinsam mit der gesamten Bevölkerung dieses Landes redlich bemüht, die Existenzgrundlagen dieses Staates zu sichern und die Lebensbedingungen für seine Bewohner zu entwickeln.

Die Erfolge dieser Bemühungen verdienen heute Anerkennung. Dies ist auch der Grund, warum wir alle ehemaligen Mitglieder der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates zu dieser Feierstunde eingeladen haben, und wir begrüßen diese in unserem Kreis heute mit besonderer Herzlichkeit. (*Anhaltender lebhafter Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Österreich des Jahres 1993 auch bei disziplinierter und durchaus nicht überheblicher Betrachtung der Dinge Vergleiche mit anderen europäischen Demokratien in wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Hinsicht nicht zu scheuen braucht. Und ein Tag wie der heutige ist ein Anlaß, darauf zu verweisen.

Festliche Versammlung! Meine Damen und Herren! Wenn man den Zeitraum seit 1918 in drei Abschnitte zu je einem Vierteljahrhundert unterteilt, dann fällt der 25. Jahrestag der Gründung der Republik in den November 1943, also in die Zeit des schrecklichen Krieges, der sich abzeichnenden Niederlage Hitler-Deutschlands, der Nichtexistenz Österreichs.

Weitere 25 Jahre später, im November 1968, war Österreich wieder selbständig, es war bereits frei, unabhängig, der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei lag wenige Monate zurück, und aus den Festansprachen von Bundespräsident Jonas und Nationalratspräsident Maleta, die fast auf die Stunde genau vor 25 Jahren von dieser Stelle aus gehalten wurden, war der Stolz auf das Erreichte, aber auch die Sorge in bezug auf weitere Entwicklungen durchaus herauszuhören.

Heute trennt uns von diesem Jahr 1968 ein gleicher Zeitraum wie — in die Zukunft projiziert — vom Jahr 2018. Und wenn wir, meine Damen und Herren, im Jahr 2018, in dem die Republik Österreich dann ihren 100. Geburtstag feiern wird, auf die dann letzten 25 Jahre ebenso stolz zurückblicken wollen, wie wir heute im wesentlichen auf die vergangenen 25 Jahre zurückblicken, dann wird es dazu großer gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, um unser demokratisches Gemeinwesen in gleicher Weise zu entwickeln, gegen alle Anfechtungen zu verteidigen und Erfolge, deren Erzielung wir uns gemeinsam wünschen, sicherzustellen.

Die Staatslehre stellt die Demokratie in die Mitte zwischen Diktatur und Anarchie. Ich meine, diese Extreme zu vermeiden, ist heute in Österreich nicht unmittelbar unser primäres Problem; aber die Feinabstimmung in der Balance zwischen den Institutionen der Demokratie, die Abwehr von Radikalisierungstendenzen, die Einhaltung der feinen, aber wichtigen Trennlinie zwischen Zuspitzung in der Diskussion und Überspitzung sind permanente und heikle Aufgaben für jedes Gemeinwesen.

Gerade heute ist ein geeigneter Anlaß, von dieser Stelle aus einerseits um Verständnis dafür zu werben, daß zum Beispiel die enge Kooperation zwischen der Bundesregierung und den parlamentarischen Fraktionen der beiden Regierungsparteien wohl auch den Sinn hat, die Innen- und die Außenpolitik unseres Landes berechenbarer und stabiler zu machen, und Grundlage dafür ist, daß ein längerfristiges Regierungsprogramm erstellt und an seiner Verwirklichung gearbeitet werden kann.

Auf der anderen Seite muß Verständnis dafür geweckt und erhalten werden, daß der Prozeß der politischen Willensbildung in einer parlamentarischen Demokratie mit einem Beschluß des Ministerrates nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann und daß die gesetzgebenden Körperschaften auf den entscheidenden Unterschied zwischen einer Regierungsvorlage und einem Gesetzesbeschluß schon allein aus Respekt vor der Verfassung wohl Wert legen müssen.



Meine Damen und Herren! In der parlamentarischen Demokratie sind nicht nur die verschiedenen Parteien unverzichtbare Teile des Ganzen, sondern auch Mehrheit und Minderheit, Regierung und Opposition. Je mehr Klarheit wir in diesem Punkt und bei anderen sensiblen Bereichen unserer politischen Strukturen schaffen, umso besser und überzeugender werden wir auch auf Kritik und Vorhaltungen an Politik, Politikern und Parteien antworten können, die übrigens keineswegs ein ausschließliches Phänomen der Gegenwart sind.

Schon vor 25 Jahren hat sich Präsident Dr. Maleta von dieser Stelle aus in der schon erwähnten Rede zum 50. Geburtstag der Republik mit Kritiken und Kritikern auseinandergesetzt, die — ich zitiere Maleta wörtlich — „pausenlos die Politik, die Parteien und das Parlament pauschal verurteilen“.

Daraus kann man erkennen, daß das Problem, das in einem berühmten Buch aus den sechziger Jahren „Das Unbehagen in der Demokratie“ genannt wurde und das heute vor allem als Politik- und Parteienverdrossenheit im Raume steht, keineswegs neu ist.

Es ist naheliegend, daß Parlament und Parteien ebensowenig fehlerlos sind wie die Summe der Bürger dieses Landes. Meine These ist aber, daß es die politischen Parteien, deren schwierige Funktion es ist, eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelstandpunkte zu abstimmbaren Alternativen zusammenzufassen, ex definitione nicht allen recht machen können und wohl auch gar nicht sollen, weil sie eben nur ein Teil des Ganzen sind, aber in ihrer Summe unverzichtbare Elemente der pluralistischen Demokratie darstellen.

Klar ist — darüber wird wohl wirklich Konsens herrschen —, daß auch die schlechteste Demokratie — und Österreich zählt erfreulicherweise nicht zu den schlechten — noch um Lichtjahre besser ist als die beste Diktatur. Und ein Gedanke fügt sich hier noch logisch an, nämlich der enge Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden.

Im Zeitraum seit der Gründung der Republik ist mir kaum ein Beispiel bekannt, wo ein wirklich demokratisches Land eine militärische Aggression gesetzt hat. Demokratie steht daher nicht nur für Humanität, sondern sie steht auch für Frieden und Friedenspolitik — etwas, woran wir Österreicher besonders interessiert sind.

Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! So wie sich Europa zwischen dem 50. und 75. Geburtstag unserer Republik grundlegend verändert hat, wird es sich auch in den nächsten 25 Jahren grundlegend weiterentwickeln.

Niemandem von uns ist es in Wahrheit gegönnt, den Gang der Geschichte in den nächsten 25 Jahren vorherzusehen und zu sagen, wieviel Positives und wieviel Negatives uns diese Geschichte bereiten wird. Und doch ist die Geschichte ein Produkt menschlichen Handelns, und wir tragen daher Verantwortung für den Lauf dieser Geschichte. Wir tragen insbesondere Verantwortung dafür, daß der Traum in Erfüllung geht, daß Europa verstärkt von einem geographischen zu einem politischen Begriff wird, und daß es dabei bleibt, daß Krieg zwischen den Mitgliedern einer sich erweiternden Europäischen Union nicht nur aufhört, Instrument der Politik zu sein, sondern geradezu denkunmöglich wird. An einem solchen Konzept, an solchen Idealen mitzuwirken, ist der Anstrengungen der besten Köpfe dieses Landes und dieses Kontinentes wert. Und es gilt in diesem Zusammenhang — damit wir uns nicht verheddern —, Wichtiges von Unwichtigem und Grundsätzliches von bloß Taktischem zu unterscheiden.

Meine Damen und Herren! Wir wollen aber diesen Weg nach Europa selbstbewußt, mit erhobenem Haupt, unter Bedachtnahme auf unsere Identität und unter Bedachtnahme auf unsere Geschichte und unsere Verfassung gehen. Und wir werden auf unsere Interessen — das ist wahrlich legitim — nicht weniger sorgfältig achten, als dies andere europäische Demokratien tun.

Meine Damen und Herren! Festliche Versammlung! Es gibt im Leben jedes Volkes Tage, an denen man sich der Verbundenheit zu seiner Heimat und zu seiner Geschichte

besonders bewußt wird. Der 75. Geburtstag dieser Republik ist zweifellos ein solcher Tag.

Wir wollen an diesem Tag den neuen Demokratien in Europa, insbesondere unseren Nachbarstaaten, mit denen wir so vieles gemeinsam haben, unsere Verbundenheit zum Ausdruck bringen und sie im Kreise der pluralistischen Demokratien erneut herzlich willkommen heißen. Wir wollen allen Österreicherinnen und Österreichern für ihre Leistungen danken und auch unsere ausländischen Mitbürger in diesen Dank ausdrücklich einschließen.

Wir wollen insbesondere als Parlamentarier unsere Verpflichtung gegenüber dem österreichischen Volk bekräftigen und auch nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen.

Wir wollen über alle Grenzen hinweg unter der rotweißroten Fahne als unserem gemeinsamen Symbol das Gemeinsame suchen, trotz aller Probleme aufeinander zugehen und uns zu unserer gemeinsamen Heimat bekennen.

In diesem Sinne lebe die demokratische Republik Österreich! — Ich danke.  
(*Anhaltender lebhafter Beifall.*)

Nunmehr ersucht Präsident Bieringer Bundeskanzler Dr. Vranitzky, zur Festversammlung zu sprechen.

### **Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky**

hält folgende Rede:

Herr Bundespräsident! Herr Präsident des Nationalrates! Herr Präsident des Bundesrates! Meine Damen und Herren Abgeordneten und Bundesräte! Verehrte Regierungskollegen! Exzellenzen! Hohe Festversammlung! Wenn in diesen Tagen in der Öffentlichkeit, in den Medien, bei zahlreichen Versammlungen und nicht zuletzt hier im Hohen Haus der Gründung unserer Republik vor einem dreiviertel Jahrhundert gedacht wird, so geschieht dies — wie ich meine — in angemessener Würde und einer unserem österreichischen Selbstverständnis entsprechenden Art und Weise.

Dieser Jahrestag wird von uns nicht zum Anlaß für pompöse Selbstdarstellung verwendet, er ist kein Anlaß, Machtfülle zu demonstrieren oder Freude zu suggerieren, die so nicht angebracht wären. Zu wechsellvoll ist die Geschichte unserer Republik, als daß wir ihr mit Festen oder Aufmärschen gerecht werden könnten. Und dennoch gibt es am heutigen Tag einiges zu feiern, über einiges nachzudenken und sehr viel für die Zukunft anzusprechen. Denn Geburtstage sollten ja nie nur Rückblicke, sondern vielmehr auch optimistischer Ausblick auf die Zukunft sein.

Wenn wir die Republik Österreich heute ohne großen Pomp feiern, so ist dies auch Ausdruck eines reifen Bekenntnisses zu ihr, eines Bekenntnisses zur Republik als Staatsform, aber auch eines Bekenntnisses zu Österreich als einer guten und sicheren Heimat für alle, die hier leben.

Niemand zweifelt mehr an diesem Österreich, niemand stellt es in Frage, weder von innen noch von außen. Auch wenn diese Feststellung für die jungen Österreicher als unnötig und überholt klingen mag, so ist dies doch wahrscheinlich der eigentliche Fortschritt gegenüber den Spätherbsttagen des Jahres 1918, in denen man schon sehr viel Optimismus haben mußte, um an dieses Österreich zu glauben.

Daß sich die Österreicher heute gern als Österreicher fühlen, daß sie zu ihrem Gemeinwesen stehen, daß sie es auch engagiert als öffentliche Sache des Volkes, also als „res publica“, verstehen, begreifen und behandeln, hat auch damit zu tun, daß sie darin gut und sicher leben können. Es hat damit zu tun, daß das heutige Österreich seinen Bewohnern große Chancen bietet und zu einem guten Teil auch garantiert, sich frei und ungehindert zu entwickeln. Diese Republik ist heute Sache aller Österreicherinnen und Österreicher, sie ist geprägt von einem großen Maß an Übereinstimmung über Ziel und





*Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky bei seiner Ansprache*

Zweck des Staatsganzen, und es ist gerade dieses Gut, das wir hüten und auch pflegen sollten.

Häufig spricht man — manchmal auch etwas abfällig — über eine sogenannte „österreichische Lösung“, wenn zwischen zwei einander widerstrebenden Meinungen ein Kompromiß gefunden wird. Es ist aber gerade diese „österreichische Lösung“, das Suchen und Finden eines Kompromisses zwischen widerstrebenden Teilen, das die Zweite Republik so sehr von der Ersten Republik unterscheidet und damit die gesamten 75 Jahre letztendlich doch, wie es manchmal heißt, zu einer Erfolgsgeschichte gemacht hat. Schätzen wir diese Fähigkeit zum Kompromiß, diese Suche nach Lösungen, die sprichwörtlich „österreichisch“ sind, nicht gering ein. Sie sind — das sollten wir uns eingestehen — eigentlich ein Teil unserer Stärke.

Viel wird in diesen Tagen zurückgeblickt. Historische Analysen lassen die teilweise dramatischen und tragischen Tage der Jahreswende 1918/1919 Revue passieren. In der Tat gibt es gerade für die Zukunft unseres Landes aus den 75 Jahren seiner bisherigen republikanischen Geschichte einiges zu bedenken:

So können wir heute mit berechtigtem Stolz derer gedenken, die den Mut und die Kraft hatten, trotz aller Schwierigkeiten die Republik überhaupt zu gründen — ein Schritt, der, bis auf einige Ausnahmen, ohne Gewalt stattfand, ein Schritt in eine zutiefst ungewisse Zukunft, aber auch ein Schritt, der historisch notwendig war.

Wir denken heute mit Stolz und mit Bewunderung auch an all jene, die dann in weiterer Folge an diese demokratische Republik geglaubt haben, die für ein demokratisches Österreich eingetreten sind und die dieses demokratische Österreich — teilweise unter Einsatz ihres Lebens — auch verteidigt haben. Denn auch das sollten wir an einem Tag wie dem heutigen nicht vergessen: Von den 75 Jahren ihres Bestehens war diese Republik zwölf Jahre lang, von 1933 bis 1945, keine Demokratie. Sieben lange Jahre, Jahre des Terrors, der Unterdrückung und der Unfreiheit, war der Name „Österreich“ überhaupt von der Landkarte verschwunden.

Wir sollten daher an dem heutigen Tag auch an die Menschen denken, die aus rassistischen, religiösen, politischen oder anderen Gründen fliehen mußten, um wenigstens ihr Leben zu retten. Wir sollten derer gedenken, die während der Verfolgung im Holocaust umgekommen sind. Wir sollten auf jene mit offenen Armen zugehen, die diese Barbarei überlebt haben und die heute, zum Teil hochbetagt, in aller Welt verstreut leben, um ihnen das Gefühl zu vermitteln, daß sie nach wie vor Teil unseres Österreich sind, eines demokratischen, eines republikanischen, eines offenen Österreich. Es ist daher auch nicht zu billigen, wenn sie und wir alle mit einer Wortwahl beleidigt werden, die den damaligen gewalttätigen Wortschatz und das damalige gewalttätige Gedankengut verharmlost. (*Anhaltender lebhafter Beifall.*)

Hohe Festversammlung! Es gilt, sich auch der Österreicher zu erinnern, die als Soldaten, oft unter fremder Flagge, ihr Leben lassen mußten, und aller Opfer, die der sinnlose Krieg gefordert hat. Wir sollten aber auch jene nicht unerwähnt lassen, die diesen Kontinent vor der totalen Unterwerfung unter die Diktatur retteten und damit letztendlich auch die Freiheit wieder nach Österreich brachten.

Und schließlich können wir am heutigen Tag mit Stolz, Befriedigung und mit großer Anerkennung auch all die Österreicherinnen und Österreicher erwähnen, die seit 1945 am Wiederaufbau, an der Weiterentwicklung, an der Modernisierung, an der Erneuerung eines starken und selbstbewußten, eines demokratischen Österreich gearbeitet haben.

Wie sich aus all dem zeigt, hat unsere Republik keineswegs eine leichte Geschichte hinter sich. Im Zeitablauf eines durchschnittlichen Menschenlebens hat sie sehr viele Stationen durchschritten. Und so wie bei einem Menschenleben sollte die Republik Österreich zu den einzelnen Teilen ihrer Geschichte stehen und aus all diesen Erfahrungen lernen. Sie sollte auch Kraft daraus schöpfen für die Rolle, die sie in einem neuen, sich gerade ausgestaltenden Europa übernehmen wird, und für die vielen verantwortungsvollen Aufgaben, die sich darin stellen.

Angesichts dieser großen und neuen Herausforderungen wäre Kleinmut sicher ein schlechter Wegbegleiter. Wir leben auch jetzt in keiner leichten Zeit, das ist wahr. Aber der Vergleich mit der Zeit vor 75 Jahren sollte uns doch zeigen, von welcher Ausgangsposition wir heute starten können. Wir haben uns viel erarbeitet, oft mühsam, manchmal auch schmerzlich. Umso sicherer können wir von dieser Basis zu neuen Ufern aufbrechen, neue Perspektiven entwickeln und versuchen, Visionäres zu verwirklichen. Eine dieser großen Herausforderungen, die sich der Republik Österreich im 75. Jahr ihres Bestehens stellt, ist das Projekt Europa.

Österreich ist heute zu einem stabilen und zentralen Faktor in Europa geworden; in einem Europa, das sich gewandelt hat. Ende der achtziger Jahre erfolgte mit dem Fall



des Eisernen Vorhangs ein weiterer Demokratisierungsschub, der diesen Kontinent vor neue Aufgaben stellt. Die Europäische Gemeinschaft, die sich vor allem wegen des Zweiten Weltkriegs das große Ziel der Politischen Union gesetzt hat, steht vor einer entscheidenden Aufgabe: Erweiterung und Integration. Dazu zählt auch die Integration von Staaten, die durch Desintegration unabhängig wurden.

Der 75. Jahrestag der Republik Österreich fällt in einen Monat des Jahres 1993, in dem auch Europa an einem Wendepunkt steht. Im November 1993 hat der Vertrag von Maastricht nun von allen Staaten der Europäischen Gemeinschaft seine Zustimmung gefunden. Die Europäische Gemeinschaft wird damit zur Europäischen Union. Auch wenn man von einem Unionsvertrag spricht, so handelt es sich dabei nicht um ein statisches, abgeschlossenes Projekt, im Gegenteil, es bedarf der Gestaltung und des Engagements. Deshalb ist die Europäische Union auch ein mutiges Projekt — ungewöhnlich, weil es von allen Weitsicht, Vision verlangt, ungewöhnlich, weil es damit auch den Bürgern Entscheidungen abverlangt, die überaus komplex sind.

Doch ist das nicht auch ein Schritt zu noch mehr Demokratie? Ist es nicht auch ein Schritt zu mehr Mündigkeit des Bürgers? Ja, es verlangt Aktivität statt Passivität. Es verlangt auch Neugier und Interesse am eigenen Schicksal. Es verlangt Entscheidungen dort, wo man vielleicht bisher nicht gewohnt war, solche zu treffen. Es fordert auf, sich selbst aus dem Vorhandenen ein Bild zu machen.

Ich werde mit vielen anderen nicht müde zu sagen, daß dieses Konzept der Europäischen Union ein Friedens- und Sicherheitskonzept ist. Dessen sollten wir uns gerade heute anlässlich dieser Feier bewußt sein; ein Friedenskonzept, weil heute denkunmöglich geworden ist, was vor etwa fünfzig Jahren noch grausame Wirklichkeit war: daß beispielsweise Deutsche und Franzosen aufeinander schießen.

Gerade aus den Fehlern der Vergangenheit sollten wir lernen und der europäischen Entwicklung — so gesehen — viele positive Seiten abgewinnen. Es wird mehr Kooperation geben als bisher und mehr Abstimmung. Das bedeutet Stärkung und Konsens. Und es bedeutet vor allem Stärkung eines Verflechtungs- und Friedensprozesses, an dem teilzunehmen Österreich angetreten ist, ohne seine Eigenständigkeit aufzugeben.

Eine der anderen großen Herausforderungen, denen sich die Republik Österreich im 75. Jahr ihres Bestehens erneut und immer wieder stellen muß, ist ihr eigenes Offert, also das Offert dieser Republik, an die Jugend. Österreich hat eine lange Tradition der guten und soliden Ausbildung seiner Jugend. Schulen und Ausbildungsstätten haben unseren jungen Menschen immer wieder gute Startchancen und gute Vorbereitungen für das Leben geboten. Das duale Bildungssystem ist auch für viele andere Länder vorbildhaft geworden. Es ist sicher eine der ganz besonderen, vielleicht weniger plakativen, aber doch nachhaltigen Wirkungen, daß sowohl die Erste Republik als auch die Zweite Republik dem Bildungssystem besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben und schenken.

Gerade aber im Bereich der Information und der Bildung würde jeder Stillstand Rückschritt bedeuten. Die Weltwirtschaft entwickelt sich immer rasanter, Wohlstand und soziale Sicherheit sind keineswegs von ewiger Dauer, sie müssen immer aufs neue erarbeitet werden, und das von gut ausgebildeten, innovativen und phantasievollen Fachkräften.

Wenn sich die Republik an ihrem Geburtstag Ziele setzen und Vorsätze nehmen sollte, so gehört die permanente Verbesserung der Ausbildung sicher dazu. Österreich als Kulturnation hat einen wesentlichen, strategisch besonders wichtigen Rohstoff, das ist die Bildung. Wir sollen, wir können und wir müssen ihn vermehren, um damit der aufkeimenden und viele junge Menschen sehr beschäftigenden Sinnkrise des Lebens zu begegnen. Wettbewerb und Wettbewerbsstärke sind wichtig, aber — so muß man fragend hinzufügen — um was zu bewirken, außer einer materiellen Grundabsicherung?

Die erwachsene Generation ist verpflichtet, diese Antworten zu geben, soll das Bildungsangebot an die Jugend nicht zum Angebot eines kalten, bloß apparativen Systems erstarren.

Eine dritte Herausforderung, die sich unserer Republik an ihrem 75. Geburtstag stellt, ist die endgültige Gleichbehandlung und Gleichstellung der Frauen in unserem Land. Die 75jährige Geschichte der Republik ist bisher ohne Zweifel auch eine Geschichte der Fortschritte für die Frauen. Aber es ist eine Geschichte, die keineswegs noch an einem zufriedenstellenden Ende angelangt ist. Wenn wir heute feststellen müssen, daß über die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes nicht ihrer Zahl entsprechend in den Führungspositionen, in den Gremien, in den zahlreichen Vertretungskörpern, aber auch und vor allem in der Lohn- und Einkommenspyramide vertreten sind, so haben wir unser Ziel der Gleichbehandlung und Gleichstellung der Frauen nicht, jedenfalls noch nicht, erreicht.

Ich meine, daß man das an einem Tag wie dem heutigen nicht nur durchaus selbstkritisch anmerken soll, sondern es sich auch als eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen für die Zukunft vornehmen muß. Wenn wir zurückblicken, so können wir feststellen: Es ist unbestritten, daß Frauen diese Republik genauso aufgebaut, erhalten und mitgetragen haben. Deshalb sollte der Gesellschaft selbstverständlich sein, daß Frauen die gleichen Pflichten und Rechte teilen. *(Lebhafter Beifall.)*

Als ein weiteres Beispiel aus der Liste der großen Aufgaben, denen sich die Republik Österreich gegenübersteht, sei der Sozialstaat erwähnt. Da können wir mit einigem Stolz behaupten, ein attraktives soziales Netz geknüpft zu haben. Auch wenn wir immer wieder vor der Aufgabe der Reform und der Erneuerung stehen, auch wenn es da und dort zu Mißbräuchen kommt, so ist dennoch die soziale Sicherheit, die Österreich heute seinen Bürgern bieten kann, eine weltweit vorbildhafte. Wir dürfen nicht leichtfertig damit umgehen. Wir sollten uns aber auch vor einer Weiterentwicklung nicht scheuen. Im Gegenteil: Zunehmendes Alter, zunehmende Vereinsamung, zunehmendes Gesundheitsbewußtsein erfordern Kreativität und Effizienz, vor allem aber auch Phantasie in der Anpassung unseres Sozialsystems.

Hohe Festversammlung! Mit den Projekten Europa, Jugend und Ausbildung, Gleichstellung der Frau und Weiterentwicklung des Sozialsystems sind nur vier der ganz großen Aufgaben genannt, denen sich ein Ausblick am 75. Geburtstag der Republik Österreich widmen kann und bei denen es mir nicht in erster Linie um die rühmende Erwähnung im festlichen Rahmen geht, sondern um ihre feste Einbettung in einer überschaubaren Zukunft.

Es geht um unsere Republik Österreich, die in ihrer Geschichte wahrscheinlich noch nie vor einer so chancenreichen Zukunft gestanden ist, die kaum jemals eine so gute Ausgangsposition hatte und zu der sich heute, wie kaum je zuvor, ihre Bewohner und Bewohnerinnen bekennen und stehen.

An ihrem 75. Geburtstag kann die Republik Österreich mit großem, nicht überschwenglichem, naivem, aber mit konstruktivem Optimismus und mit viel Selbstbewußtsein in die Zukunft blicken. Es liegt an uns allen, diese Zukunft so zu meistern, daß wir den bisherigen Erfolg unseres Österreich auch in Zukunft weiter fortschreiben können. *(Anhaltender lebhafter Beifall.)*

*Das Bläserensemble intoniert den St. Antoni Choral von Joseph Haydn.*

Nunmehr ersucht Präsident B i e r i n g e r Bundespräsidenten Dr. Klestil, das Wort zu ergreifen.





*Bundespräsident Dr. Thomas Klestil bei seiner Ansprache*

### **Bundespräsident Dr. Thomas Klestil**

hält seine Ansprache:

Hohe Festversammlung! Meine Damen und Herren! Der heutige Festakt zeigt uns einmal mehr, wie notwendig, aber auch wie schwierig der Umgang mit der österreichischen Geschichte ist. Denn unbestritten ist heute vor 75 Jahren die Republik Österreich geboren worden, niemand aber wird ernsthaft behaupten, daß tatsächlich 75 Jahre der Republik hinter uns liegen. Dazu fehlen uns die 17 Jahre des Nationalsozialismus, des Krieges und der Besetzung, also der Verlust der äußeren Freiheit zwischen 1938 und 1955. Auch die fünf vorangegangenen Jahre der inneren Unfreiheit unter einer antidemokratisch-autoritären Führung haben auf tragische Weise zum Verlust unserer Selbständigkeit beigetragen.

Diese tief zerklüftete Geschichte steht also vor uns, wenn wir heute, an diesem 75. Geburtstag, Rückschau halten und Bilanz ziehen. Kaum ein anderes Land in Europa hat in diesem Jahrhundert so gewaltige Veränderungen erlebt wie Österreich. Kaum ein Land ist in seinem Selbstverständnis und in seiner Identität schwerer erschüttert worden — und hat doch so überzeugend zu Freiheit und Unabhängigkeit, zu Demokratie und Wohlstand gefunden.

Und gerade der 12. November 1918 mit seiner Zerrissenheit zwischen Freude und Trauer, zwischen Angst und Hoffnung ist ein Symbol dieser besonderen Komplexität. Denn in derselben Stunde, in der sich damals der neue Staat auf den Trümmern des Ersten Weltkriegs und der Habsburger-Monarchie als Republik konstituierte, stellte er sich gleichzeitig durch seinen Verzicht auf eine selbständige Zukunft und durch seine Bindung an ein größeres Deutschland den Totenschein aus.

Heute wissen wir aus der sicheren, aber bequemen Distanz der Geschichte, die uns nur mehr wenig von der geistigen und materiellen Not jener Tage spüren läßt, wie sehr sich diese Erste Republik selbst unterschätzt hat. Wir wissen, welch außergewöhnliche Leistungen die Gründungsväter dieses Staates beim friedlichen, geordneten Übergang vom Großreich zum Kleinstaat vollbracht haben.

Wir wissen auch, zu welchen geistigen und kulturellen Großtaten dieses ungewollte Österreich dennoch fähig war und welch ein bedeutsames Erbe uns diese Zeit trotz allem hinterlassen hat. Wir verdanken dieser Ersten Republik ganz wesentliche Errungenschaften, die uns den Bogen der Kontinuität bis heute zu machen ermöglichen. Und ich halte es für wichtig, ihre unverändert zentrale Bedeutung auch bei diesem festlichen Anlaß mit Nachdruck zu unterstreichen.

Das ist einmal der föderalistische Aufbau unserer Republik. Es ist uns viel zuwenig bewußt, daß durch den freiwilligen Beitritt der einzelnen Bundesländer im November 1918 die Erste Republik und dann auch die Zweite Republik nicht als ein Zentralstaat, sondern eben als ein Bundesstaat entstanden sind. Diese föderalistische Struktur hat sich längst als ein besonderes Erfolgsgeheimnis des österreichischen Weges erwiesen.

Es liegt nun an uns, sie gerade unter veränderten gesamteuropäischen Vorzeichen zu schützen und weiter auszubauen. Ich weiß, daß die Österreicher eine starke Hoffnung auf ein Europa der Länder und Regionen in sich tragen, also auf ein föderalistisches Europa. Mit der Verwirklichung dieses Wunsches müssen wir zuallererst bei uns zu Hause ernst machen, denn starke Bundesländer sind eine unabdingbare Voraussetzung für ein starkes Österreich in einem geeinten Europa. (*Anhaltender Beifall.*)

Das zweite zentrale Element der österreichischen Kontinuität ist das Gesamtgefüge unserer Verfassung. Es läßt sich heute nur erahnen, was uns an Verfassungskämpfen und politischen Risiken erspart geblieben ist, weil die Väter der Zweiten Republik schon am 27. April 1945 — auf den Trümmerbergen des Zweiten Weltkriegs, hier in diesem damals noch zerbombten Parlamentsgebäude — gemeinsam feierlich gelobten, dem wiedererstehenden Österreich die Verfassung der Ersten Republik zurückzugeben.

Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang aber auch auf die ganz entscheidende Rolle der politischen Parteien als Geburtshelfer der Ersten Republik und dann auch der Zweiten Republik verweisen — eine Rolle, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Gerade in einer Zeit, in der die Parteien im starken Gegenwind der öffentlichen Meinung stehen, ist diese Erinnerung wichtig.

Die Parteien waren schon 1918 Garanten eines friedlichen Übergangs und haben in ihren eigenen Reihen entscheidend dazu beigetragen, daß die tiefgreifende Spaltung der Gesellschaft nicht schon damals in öffentliche Gewalt ausartete. Es ist besonders tragisch, daß diese Bereitschaft zu Konsens und Versöhnung nach innen und nach außen schon nach kurzer Zeit verlorengegangen ist. In Kompromißlosigkeit und Haß ging die demokratische Republik unter — um nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Zusammenarbeit und Toleranz wiedergeboren zu werden.



Das dankbare Gedenken an die tragenden Kräfte der Ersten Republik und der Zweiten Republik darf aber auch die Erinnerung an die tiefen Brüche in der Kontinuität unserer Geschichte nicht ausblenden, für die wir Österreicher, aber auch andere Völker und Volksgruppen einen erschreckend hohen Blutzoll leisten mußten. Die Jahre 1927, 1933/1934 und 1938 bis 1945 haben dafür traurige Symbolkraft erhalten. Der Rückblick in die Geschichte ist nur sinnvoll, wenn er nichts übersieht und übersehen will, nichts einebnen und nichts leugnet.

So denke ich heute — fast auf den Tag genau 55 Jahre nach den Pogromen der „Reichskristallnacht“ — an die Millionen Opfer von Rassenhaß, von innerer und äußerer Diktatur, von Bürgerkrieg und Krieg. Unendliches Leid ist an Österreichern und von Österreichern angerichtet worden. Die Bereitschaft zur objektiven Aufarbeitung dieser tragischen Last der Geschichte ist heute stärker denn je. Das erfüllt mich mit Hoffnung und Erleichterung.

Hohe Festversammlung! Das Gedenken an die 75jährige Geschichte der Republik führt aber auch zur kostbaren Erkenntnis, daß Österreich viele jener Werte, die es in bitteren und dunklen Stunden verloren hatte, mit der Wiedergeburt des Landes umso mehr zu schätzen gelernt hat. Weit über unser Land hinaus gilt die Zweite Republik als eines der ermutigendsten Beispiele für die menschliche Fähigkeit, aus der Geschichte zu lernen.

Wir haben gelernt, daß es für das Leben einer Nation nichts Wichtigeres gibt als den Willen zur Selbständigkeit. Die größte Schwäche der ersten Jahrzehnte waren Resignation und Pessimismus, war das Fehlen eines österreichischen Nationalbewußtseins und einer positiven Staatsgesinnung. Heute ist das Bekenntnis zur Republik unbestritten, die Österreicher stehen mit Stolz zu ihrer Heimat. Das neue Österreich hat längst zu sich gefunden.

Wir haben gelernt, daß dieses Land trotz seiner Kleinheit in Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand leben kann, daß es sich aber niemals mehr von Nationalismus und Chauvinismus, von Provinzialismus und Intoleranz verführen lassen darf. Das Schicksal hat uns einen zentralen Platz in Europa mit vielfältigen Übergängen und dichten Vernetzungen zugewiesen. Daraus erwachsen auch in Zukunft die besondere Aufgabe und die Chance Österreichs.

Meine Damen und Herren! 75 Jahre Republik sind ein notwendiger und wichtiger Anlaß zum Rückblick und zur Bilanz. Aber das Erinnern allein ist zuwenig. Wir müssen uns an diesem Tag auch fragen, ob wir uns heute so verhalten und ob wir so handeln, daß wir das Erbe auch gut verwalten. Wir müssen uns um den Zustand dieser Republik und ihrer tragenden Institutionen und um den Inhalt und den Geist unserer Demokratie immer wieder aufs neue kümmern.

Vor 25 Jahren — zum 50jährigen Gedenken an den 12. November 1918 — wurde das Wort von der „unvollendeten Republik“ geboren. Und das gilt in gewissem Sinn auch heute noch — und wird wohl immer so bleiben. Denn die Gesellschaft verändert sich rasch und erzwingt auch von den Einrichtungen des Staates vielfältige Anpassungen. Aber auch menschliche Unvollkommenheit und Schwäche wird es immer geben. Jede Institution bleibt von Fehlentwicklungen und innerem Verfall bedroht. Und immer wieder werden Kräfte versuchen, die Grenzen der Demokratie auszuloten, um sie dort, wo kein Widerstand mehr geleistet wird, zu überschreiten.

Es heißt, jede Staatsform hat eigene, ganz unverwechselbare Antriebskräfte: Diktatur setzt auf Angst und Furcht; Monarchie auf Ehre und Treue; eine demokratische Republik aber wird durch politische Tugenden zusammengehalten.

Was bedeutet das heute: politische Tugend? — Es heißt zuallererst Hinwendung; Hinwendung der Bürger zur Gemeinschaft, zum Gemeinwohl. Ohne Sinn für Mitverantwortung kann die Republik nicht leben. Tragen wir diese Mitverantwortung noch in ausreichendem Maß?

Es ist nicht leicht, heute noch Menschen für die res publica zu begeistern.

Es ist nicht leicht, hinter den für den Bürger oft verwirrenden Aktivitäten, den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, Interessenvertretungen und Medien den Staat noch als den zentralen und alles integrierenden, gemeinsamen Besitz aller Österreicher zu erkennen.

Es ist nicht leicht, hinter dem täglichen Ansturm von Vereinfachung, Verdrehung und Verdrängung von alten und neuen Feind- und Angstbildern das Gemeinsame, das Verbindende und das politisch Notwendige zu sehen.

Es ist nicht leicht, die Menschen zur Akzeptanz jener Regeln zu bewegen, die notwendig sind, um das Zusammenleben in einem Staat zu ordnen. Zu oft erleben wir, wie der Rechtsstaat als lästiger bürokratischer Formalismus diskreditiert und seine Überlistung zu einer Art Volkssport erklärt wird.

Meine Damen und Herren! Demokratische Tugend, wie sie die Republik braucht, bedeutet aber nicht nur die Hinwendung der Bürger zur Gemeinschaft, sondern auch die Hinwendung der Amtsträger zu den Bürgern.

Niemand wird bestreiten, daß im Lauf der Jahrzehnte viel Obrigkeitsdenken abgebaut und viel Distanz überwunden wurde. Dennoch spüren wir, daß die Entfremdung zwischen Bürger und Politik größer geworden ist. Die Gründe dafür können gar nicht präzise genug analysiert werden.

Ich frage mich daher: Haben Erfahrung mit der gnadenlosen Konfrontation in der Ersten Republik und das Bekenntnis zur Zusammenarbeit in der Zweiten Republik auch zu falschen Schlüssen geführt?

Stehen wir nicht vor einer Überdehnung der Kompetenzen und Einflußbereiche der Parteien in Staat und Gesellschaft in einem Maße, das von den Bürgern nicht mehr akzeptiert wird?

Funktioniert die Machtteilung und Machtkontrolle wirklich so, wie es einer echten Demokratie entspricht?

*Sitzungssaal: Blick auf die rechten Sektoren*





Haben politisch Verantwortliche nicht auch eine Scheu vor einem weiteren Ausbau der direkten Demokratie? Wenn ja, entspringt sie der Bequemlichkeit der politischen Abläufe, einer Unterschätzung der Bürger oder der Angst vor möglicherweise unkontrollierbaren Entwicklungen?

Wie ernsthaft sind die Versuche, Mitbürger für die Mitwirkung an bestimmten Aufgaben zu gewinnen, ohne daß sie gleich in Abhängigkeit zu Parteistrukturen geraten?

Haben wir die tragische Ideologisierung der Ersten Republik nur überwunden, um schließlich der genau gegensätzlichen Bedrohung zu erliegen, nämlich der Versuchung zum Populismus, der Versuchung, es allen recht zu machen?

Leben wir in einer Zeit, in der für manche Medien im Umgang mit den politisch Verantwortlichen nicht mehr das Prinzip der Unschuldsvermutung gilt, sondern der permanente Schuldverdacht?

Werden deshalb auch manche als notwendig erkannte Entscheidungen nicht mehr gewagt — aus Angst vor Widerspruch und Protest der Medien und um deren Gunst nicht zu verwirken?

Ich weiß um die Schwierigkeiten, die sich dem politisch Verantwortlichen täglich stellen, und ich schließe mich hier nicht aus. Aber gerade in der Demokratie ist es die Pflicht der Politik, nicht das für notwendig zu erklären, was populär ist, sondern das populär zu machen, was notwendig ist. *(Anhaltender lebhafter Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Die Folge all dieser Entwicklungen ist, daß mehr und mehr Bürger jenes fragwürdige Recht auf Gleichgültigkeit und Desinteresse in Anspruch nehmen, unter dem jede Demokratie längerfristig verdorren muß.

Die Erste Republik ist letztlich an der Unfähigkeit der Politik gescheitert, im Dialog der politischen Gruppen Vertrauen zu bilden. Wir müssen die Zweite Republik vor dem Vertrauensverlust zwischen Politik und Bürger schützen. Beide Seiten sind gefordert, einander wieder näherzukommen.

*Sitzungssaal: Blick auf die linken Sektoren*



Wir haben also, so meine ich, noch eine weite Strecke zurückzulegen. Ein erster wichtiger Schritt scheint mir zu sein, das Erreichte niemals für die beste aller Welten zu halten. Wir müssen lernen, besser mit konstruktiver Kritik am Bestehenden umzugehen. Vor allem aber dürfen wir nicht aufhören — ich wende mich hier ganz besonders an die Jugend —, von einer noch gerechteren, noch toleranteren, noch demokratischeren Gesellschaft zu träumen und an ihr aktiv mitzuarbeiten. Nichts, was heute besteht, kann nicht noch verbessert werden.

Es gibt in einer Republik, die auf der Gleichberechtigung aller Bürger aufbaut, nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dazu gehört die Pflicht, seinem Land auch Aufmerksamkeit und Zeit zu schenken, ohne dafür gleich nach sozialen oder materiellen Belohnungen zu fragen.

Selten zuvor hat eine Generation so viele Chancen gehabt, eine Wende zum Besseren konkret mitzugestalten. Es geht um die künftige Rolle unserer Republik im neuen Europa. Es geht auch um unsere Nachbarn, deren künftiges Schicksal nicht von unserem Schicksal zu trennen ist. Wir können und dürfen uns keine geistige und politische Abschottung leisten.

Meine Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen 75 Jahren Unglaubliches geleistet. Das Land, in dem wir zu Hause sind, ist in dieser Zeit viel wohnlicher geworden, als es die Generationen unserer Großeltern und Eltern jemals erträumten. Das Selbstbewußtsein der Österreicher ist heute größer denn je. Künftige Historiker werden rückblickend mit Recht vom „Staat, den alle wollten“ sprechen. Die Rechnung Österreich ist aufgegangen.

Und was in der Geburtsstunde der Republik noch ein unerreichbarer Wunschtraum war, nämlich die Teilnahme unseres Landes als selbstbewußter und gleichberechtigter Partner in einer künftigen Europäischen Gemeinschaft und Friedensordnung, ist heute ganz nahe gerückt. Wir können erstmals frei und unabhängig darüber entscheiden.

Wir Österreicher haben uns diese Position in Europa weder mit politischer Macht noch mit militärischer Stärke, sondern mit Leistungen erkämpft, und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Der österreichische Patriotismus richtet sich gegen niemanden, seine Wurzeln liegen allein in der großen geschichtlichen Erfahrung, in unserem neuen Selbstvertrauen und in unserem Willen zur Gemeinsamkeit. Auf dieser Grundlage braucht uns auch in einem größeren Europa um die Wahrung unserer Identität und Unabhängigkeit nicht bange zu sein! (*Beifall.*)

Und so rufe ich Ihnen allen zu: Arbeiten wir weiterhin gemeinsam für unsere geliebte Heimat, die Republik Österreich! (*Lang anhaltender lebhafter Beifall.*)

Präsident Bieringer dankt dem Bundespräsidenten Dr. Klestil im Namen der Festversammlung für seine Worte.

Die Teilnehmer an der Festsitzung erheben sich und singen zum Ausklang die vom Bläserensemble intonierte erste Strophe der österreichischen Bundeshymne.

Präsident Bieringer erklärt die Festsitzung um 12.25 Uhr für geschlossen.



Fotos: Haslinger

Druck: Österreichische Staatsdruckerei

---

Österreichische Staatsdruckerei 93 6041